

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

29. Landesversammlung

14./15. März 2008 in Dresden

Grüne

Beschluss

Vernachlässigung von Kindern abwenden und
Jugendgewalt vorbeugen

TO-Punkt

A-5
neu

Antragsteller:

LAG Soziales unterstützt vom Landesvorstand

Bemerkungen:

Unterstützt vom Landesvorstand

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

1 Vernachlässigung von Kindern und Jugendgewalt erfolgreich vorbeugen und abwenden

2

3 Für Bündnis 90/ Die Grünen ist Frühprävention ein zentraler Schlüssel zum Schutz von Kindern.
4 Dazu gehört ein sicheres Netz von Unterstützungsangeboten auf hohem Niveau und mit
5 einheitlichen Qualitätsstandards. Wir brauchen ein politisches Angebot, das sich an
6 sozialetischen Zielen orientiert.

7

8 Ein solches Ziel ist: Kinder brauchen verlässliche Bindungen. Und wenn die Eltern Probleme
9 haben, diese Bindung spontan gefühlsmäßig aufzunehmen, dann brauchen Eltern und Kinder
10 Unterstützung. Kinder brauchen Einfühlung und emotionale Zuwendung als Voraussetzung für
11 gutes Lernen und ein erfülltes Leben.

12

13 Kindesvernachlässigung ist ein Thema, das niemanden unberührt lässt. Ebenso wenig wie die
14 Gewalt von Jugendlichen insbesondere gegenüber Alten oder Hilflosen.

15

16 Zwischen beiden Gewaltphänomenen gibt es einen Zusammenhang. Mit vernachlässigten oder
17 missbrauchten Kindern haben wir zu Recht Mitleid – sie sind ohne Zweifel Opfer. Die
18 jugendlichen Gewalttäter aber sind Täter und wir stellen uns klar und deutlich vor deren Opfer.
19 Juristisch ist das richtig.

20

21 In ihrer Geschichte aber sind die Täter von heute in der Regel die Opfer von gestern. Auch sie
22 haben gelernt: Sie haben offensichtlich vollkommen unverträgliche gewalttätige
23 Konfliktbewältigungsmuster gelernt.

24

25 Eine kluge Intervention zur Durchbrechung von familiären Gewaltspiralen ist der erfolgreichste
26 und effektivste Weg, Kindesvernachlässigung zu verhindern und aus vernachlässigten Kindern
27 nicht gewalttätige Jugendliche werden zu lassen.

28

29 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

30

- 31 • Eine deutliche Erhöhung der Jugendpauschale um etwa 20%, damit die Träger der
32 öffentlichen und der freien Jugendhilfe ihre Aufgaben bedarfentsprechend erfüllen
33 können.
- 34 • Die Vernetzung von Angeboten der öffentlichen und der freien Jugendhilfe zu
35 unterstützen, indem landeseinheitliche Qualitätsstandards und
36 Qualitätssicherungsmethoden eingeführt werden.
- 37 • Die Anbieter von Hilfen und Unterstützung aus dem Gesundheitssystem in die
38 Netzwerke der öffentlichen und freien Jugendhilfe einzubeziehen.
- 39 • Die Kooperation an den Schnittstellen zwischen beiden Systemen zu finanzieren.
- 40 • Im Kita-Gesetz den Personalschlüssel deutlich und angemessen zu verbessern. (in
41 Kindergärten von 1:13 auf 1:10; in Kinderkrippen von 1:6 auf 1:4)
- 42 • Die Stärkung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen als Ausgangspunkt für
43 weitere Angebote der Frühprävention.
- 44 • Die Einführung von Trainingsprogrammen, die eine sichere Bindung von Eltern und Kind
45 fördern (z.B. SAFE „Sichere Ausbildung für Eltern“).
- 46 • Die Einführung von Familienhebammen in Sachsen, die nach dem Curriculum des
47 Deutschen Hebammenverbandes ausgebildet und in Netzwerke der Frühprävention
48 eingebunden sind..
- 49 • Die Einführung eines Modellprojektes für betroffene Kinder und Familien in Sachsen, das
50 trägerübergreifende Finanzierungswege erschliesst, die das Familiensystem in den Blick
51 nehmen.

52
53

54 **Kinderschutz braucht Beständigkeit und nicht Symbolpolitik**

55

56 Mit jedem öffentlich gewordenen Fall von Kindesvernachlässigung gerät die Landespolitik
57 zwangsläufig unter Handlungsdruck. Öffentlich wurden in den vergangenen Monaten einige
58 Fälle von Kindesvernachlässigung mit Todesfolge. Doch das tatsächliche Elend im Alltag von
59 vernachlässigten Kindern hat selten Nachrichtenwert.

60

61 Diese mediale Wahrnehmung prägt auch die politische Reaktion der Landesregierung: Schnell
62 müssen neue Aktivitäten die Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Ein langfristiger,
63 verlässlicher politischer Gestaltungsanspruch ist hingegen nicht zu erkennen. Einzig sichtbare
64 Richtschnur ist der Versuch, das Geld zusammenzuhalten.

65

66 “Pro Kind“, die von Sozialministerin Helma Orosz pompös und lautstark ins Leben gerufene
67 Initiative, ist leider zuerst ein Symbolprojekt: Es richtet sich an eine sehr eingegrenzte Zielgruppe:
68 200 junge Frauen in der ersten ausgetragenen Schwangerschaft mit mehreren
69 Risikomeerkmalen. Aber nur die Hälfte dieser Frauen erhält bis zu zwei Jahren nach der Geburt
70 eine Familienbegleiterin. Die andere Hälfte dieser Frauen erhält die Unterstützung nicht – damit
71 Basisdaten für die vergleichende Forschung generiert werden können. Diesen Forschungsansatz
72 lehnen wir grundsätzlich ab!

73

74 Ein weiterer Akt der Symbolpolitik der Landesregierung: Ministerpräsident Georg Milbradt trifft
75 sich zu Jahresbeginn mit Bürgermeistern und Landräten, um mehr für den Kinderschutz zu tun.
76 Ein neues Gesetz soll den Datenschutz abbauen, um den Kinderschutz zu verbessern. Das
77 scheint einfach und billig, ist aber schlicht falsch. Allein die Meldung von Problemfällen bringt
78 nicht die notwendige Hilfe. Die leisten die Fachkräfte vor Ort, aber eben nur innerhalb ihrer
79 politisch abgesteckten Rahmenbedingungen. Genau das zeigen die Fälle der vernachlässigten
80 und verstorbenen Kinder, die um Weihnachten 2007 mediale Aufmerksamkeit erlangten. Die
81 meisten Familien waren den Jugendämtern bekannt.

82 Auch spricht sich Milbradt für mehr Vernetzung aus. Mehr Geld aber darf das nicht kosten.

83

84 Tatsächlich neue, innovative Projekte wie die Interventionsstellen gegen Häusliche Gewalt
85 werden dagegen nur auf einem Minimalniveau gefördert, z.B. mit einer Personalstelle für ganz

86 Leipzig. Das klingt gut und ist gut. Zunehmender Erfolg steigert zwangsläufig die kurzfristigen
87 Kosten: Die Zeit einer Mitarbeiterin ist schlicht begrenzt. Wächst der Bedarf an Beratung und
88 Unterstützung weit darüber hinaus, dann muss darauf auch mit einem angemessenen
89 Personalzuwachs reagiert werden können.

90

91 Haushaltkonsolidierung in Sachsen wird auch auf Kosten der Kinder und Jugendhilfe erreicht
92 und Frau Orosz nimmt das hin. Die überörtliche Jugendhilfe wurde deutlich gekürzt, die
93 Jugendpauschale, die pro Kopf und Jugendlichen an die Kommunen ausgereicht wird, dagegen
94 ein wenig angehoben. Das war symbolisch gut zu verkaufen. Gleichzeitig müssen zunehmend
95 weitere Aufgaben aus der Jugendpauschale finanziert werden, wie z.B. die Jugendgerichtshilfe.
96 Funktionierende Jugendarbeit braucht beides, Strukturen auf der Landes- und der kommunalen
97 Ebene, die sich ergänzen.

98 Aber die Aufgaben und die Probleme vor die die Kinder- und Jugendhilfe gestellt ist, sind
99 gestiegen. Die Erwartungen an sie erst recht. Hier muss der Kinderschutz im Alltag sicher gestellt
100 werden: Mit einem Netz, das in der Vergangenheit immer mehr ausgedünnt wurde und
101 mittlerweile Löcher hat.

102

103 Die Reform der Landkreise, die zum 1. August 2008 in Sachsen ansteht, birgt das Risiko eines
104 Wettbewerbs der Kosteneinsparung durch weitere Stellenstreichungen. Hinter dem öffentlichen
105 Wunsch nach der Einsparung von Verwaltungskosten drohen auch Einsparungen durch das
106 Absenken von Qualitätsstandards. Gerade jetzt brauchen die sozialen Netzwerke daher
107 verbindliche Qualitätsrichtlinien.

108

109 Im sozialen Bereich fördert das Land mittlerweile ausschließlich Projekte und keine Verbände
110 oder Träger. Das bedeutet, dass Träger und Fachkräfte jährlich aufs Neue doppeltem Stress
111 ausgesetzt sind. Sie müssen ihre Arbeit in Projekte fassen, die sich verändernden
112 Förderrichtlinien entsprechen und wissen darüber hinaus nicht, ob die Förderung fortgeführt
113 wird.

114

115

116 **Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine beständige, verlässliche Finanzierung von Prävention**
117 **und frühen Hilfen für Familien.**

118

119 Vorhandene Angebote, deren Wirksamkeit evaluiert ist, müssen verlässlich finanziert werden.
120 Dazu gehört ausreichendes Personal und zielorientierte Personalentwicklung.

121 Diese Angebote müssen vernetzt werden. Dazu gehört professionelles „gewusst-wie“, und dazu
122 gehört Zeit.

123 Neue Angebote, die sich aus der Praxis entwickeln, müssen gefördert werden. Das Engagement
124 der Fachleute ist selbst schon eine der wichtigsten Triebfedern.

125 Modellprojekte anderer Bundesländer, die erprobt und deren Bilanz vielversprechend ist, sind zu
126 übernehmen. Nicht jedes Rad muss sächsisch neu erfunden werden. Überzeugen und begeistern
127 muss ein Modell diejenigen, die es umsetzen können.

128

129

130 **Stärkung von Eltern als wichtigste Bezugspersonen ihrer Kinder**

131

132 **Prävention – Stärkung der sozialen Kompetenzen der Eltern beginnt bereits in der**
133 **Schwangerschaft**

134

135 Wir Bündnisgrünen wollen Eltern stärken. Eltern träumen während der Schwangerschaft von
136 ihren Kindern und wollen liebevolle Eltern ihre Kinder sein. Niemand denkt daran, die eigenen
137 Kinder zu vernachlässigen oder zu misshandeln. Wenn Eltern dennoch gewalttätig werden oder
138 ihre Kinder vernachlässigen, dann sind dies Zeichen von fehlenden guten Erfahrungen, auf die
139 zurück gegriffen werden kann, von fehlendem Einfühlungsvermögen, von Überforderung und
140 scheinbarer Ausweglosigkeit.

141

142 Frühprävention beginnt am erfolgversprechendsten, wenn Eltern sich auf ihr noch ungeborenes
143 Kind freuen – unbelastet von praktischen Problemen und voller guter Hoffnungen.

144 Frühprävention beginnt in der Schwangerschaft.

145

146 Für uns GRÜNE sind Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ein wichtiger Ausgangspunkt für
147 weitere Angebote der Frühprävention. Gute Beratungsstellen bieten auch Programme für
148 werdende Eltern an: Sie können Eltern auf ihre neue Lebenssituation vorbereiten. Eltern können
149 lernen, sich in ihre Kinder einzufühlen und sie besser zu verstehen. Ähnliche Programme können
150 auch in Hebammenpraxen angeboten werden, in Kliniken mit schwangeren Frauen in
151 belastenden Situationen, in Mutter-Kind-Heimen – überall dort, wo werdende Eltern in
152 schwierigen Lebensumständen ansprechbar sind.

153

154 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern für Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen die Sicherung
155 von kurzen Wegen. Für Präventionsprogramme sind Wege für Schwangere von 24 Stunden eine
156 Zumutung. Wir fordern die Finanzierung von Sachleistungen für die Beratungsstellen. Das Ziel
157 sind kostenfreie Präventionsprogramme zum Kinderschutz. Andernfalls werden gerade die
158 Familien nicht erreicht, die am dringendsten Hilfe brauchen.

159 Wir wollen die Beratungsstellen mit ihren Kompetenzen in das System früher Hilfen zum Schutz
160 des Kindeswohls einbeziehen.

161

162 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern auch für Sachsen Familienhebammen. Während Hebammen
163 die Wöchnerinnen nur acht Wochen in der Gesundheitsvorsorge unterstützen, können
164 Familienhebammen ein Jahr lang in belasteten Familien lebenspraktische Unterstützung
165 anbieten. Sie erleben die Familien und können frühzeitig, durch Vertrauen gestützt, auch zu
166 anderen Unterstützern vermitteln. Voraussetzung ist eine Zusatzqualifikation.

167 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass das Land die Qualifikation zur Familienhebamme nach
168 dem Curriculum des Deutschen Hebammenverbandes für die Hebammen in Sachsen fördert.

169

170 **Früherkennung und frühe Förderung bei Entwicklungsauffälligkeiten**

171

172 Ein Beratungsnetz von Menschen mit professionellem Blick auf die Entwicklung der Kinder kann
173 rechtzeitig Hilfen anbieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will deshalb die Kompetenz vor Ort
174 unterstützen und vernetzen.

175 Vernetzung passiert nicht im Selbstlauf in Arbeitsgruppen oder Gremien. Sie braucht Zeit,
176 Kenntnis der je anderen Arbeitsschwerpunkte und -methoden, Klarheit und Verbindlichkeit in der
177 Kooperation.

178

179 In vielen Städten und Gemeinden wird das unter Rot-Grün verabschiedete Gesetz zur
180 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) mit Leben erfüllt.

181 Dabei müssen Berufsbarrieren seitens der beteiligten Professionen abgebaut werden. Die
182 fehlende Zusammenarbeit in unserem Hilfesystem ist dabei hinderlich. Wenn die Fachkräfte
183 Handlungsbedarf und Kooperationsmöglichkeiten sehen, stolpern sie nicht selten über die
184 unterschiedlichen Finanzierungssysteme. Diese richten sich noch immer an eine Einzelperson, die
185 individuelle KlientIn/ PatientIn und im Falle von Kindern selten auch an das Familiensystem.

186

187 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine langfristig angelegte und trägerübergreifende
188 Zusammenarbeit und Finanzierungsmodelle, die das Familiensystem in den Blick nehmen.

189

190 **Bildung und Erziehung in Kitas**

191

192 Kitas sind mehr als Orte der Bildung und Erziehung von Kindern. Sie sind ideale Orte für
193 Familienbildung und können Familien ansprechen. Die ErzieherInnen erfahren durch das Erleben
194 der Kinder auch einiges über die Probleme der Eltern.

195

196 Voraussetzung ist immer, dass die ErzieherInnen das Wissen, das Einfühlungsvermögen und die
197 Ressourcen haben, das auch leisten zu können. Deshalb muss der Personalschlüssel in
198 Kindergärten von 1:13 auf 1:10 und in Krippen von 1:6 auf 1:4 verringert werden.

199

200 Für Kinder, deren Eltern Schwierigkeiten haben, ihnen Geborgenheit und Sicherheit zu
201 vermitteln, können ErzieherInnen als eine weitere wichtige Bezugsperson ausgleichend wirken.
202 ErzieherInnen können frühzeitig erkennen, wenn Kinder auffällig werden. Wenn sie dann in der
203 Lage sind, dieses Verhalten als Reaktion auf Probleme zu verstehen, dann können sie helfen.

204

205

206 **Schutz und frühe Hilfen bei Kindeswohlgefährdungen**

207

208 Wer Kinder in Gefährdungssituationen schützen will, der darf den Eltern nicht mit Drohungen
209 Angst machen. Angst der Eltern verhindert die Gefährdung der Kinder nicht, sondern führt zu
210 Isolation und Rückzug der Familien. Damit wird die Annahme von Hilfen erschwert.
211 Deshalb lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erhöhung von Druck und die Aushöhlung von
212 Vertrauensschutz ab. Viel wichtiger ist, dass alle Professionen Verantwortung übernehmen
213 können, die sich berufsbedingt mit Kindern beschäftigen. Das klingt selbstverständlich – ist es
214 aber nicht. Zu oft werden Kinder nicht in ihrer Ganzheitlichkeit gesehen, sondern nur als Träger
215 von Eigenschaften, die in das eigene Berufsfeld gehören. Für den „Rest“, den man sieht, sind
216 andere verantwortlich: Zum Beispiel das Jugendamt: Hier ist seit der Ergänzung des KJHG um
217 den § 8a zur Kindeswohlgefährdung im Bereich seiner Geltung – nämlich der Kinder- und
218 Jugendhilfe - viel in Bewegung. Diese Ansätze müssen auch auf die Berufsgruppen des
219 Gesundheitsbereiches übertragen werden. Kinderärzte und Psychotherapeuten für Kinder vor
220 Ort müssen über die Entwicklung informiert und einbezogen werden.

221

222 Die Einführung von Qualitätsstandards und ein entsprechendes Qualitätsmanagement in der
223 öffentlichen und freien Jugendhilfe müssen das Niveau der Jugendhilfeangebote sowie die
224 verbindliche Zusammenarbeit der Fachkräfte und Träger auf lokaler und überörtlicher Ebene
225 sichern. So können z.B. mit Case Management Konzepten Hilfen von Gesundheitssystem und
226 Jugendhilfe optimal miteinander verknüpft werden.

227

228 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Staatsregierung ihren Verfassungsauftrag
229 wahrnimmt und diesen Prozess gemeinsam mit den Berufsverbänden fachlich fundiert begleitet.
230 Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen die Staatsregierung auf, mit den entsprechenden
231 Berufsverbänden in Kontakt zu treten und Fachveranstaltungen anzubieten. Interprofessionelle
232 Zusammenarbeit setzt einen verbindlichen Rahmen, Moderation und Ressourcen (Zeit, Raum
233 und Fortbildung) voraus.

234

235 **Wo viel gesehen wird, muss viel getan werden**

236

237 Je mehr die Gesellschaft sensibilisiert wird für Probleme vernachlässigter oder misshandelter
238 Kinder, desto mehr Hilfen werden zunächst gebraucht.

239

240 Diese Hilfen müssen entsprechend ausgestattet sein. Qualität steht vor Quantität. Andernfalls
241 gehen nicht nur Ressourcen verloren: Sie werden verschlissen mit einem möglicherweise noch
242 verheerenderen Ergebnis. Immer neue nur kurzzeitige Hilfen von immer neuen Bezugspersonen
243 verstärken die Erfahrungen der Kinder mit Beziehungsabbrüchen und Verlassenheit.

244

245 Eine präventive Sozialpolitik hält flexible Netzwerke bereit, die für unterschiedliche Problemlagen
246 schnell Hilfen anbieten können.

247

248 Die Orientierung am „Bedarf“ ist nicht präventiv – sie verlässt sich darauf, dass Eltern von sich
249 aus die Hilfen nachfragen.

250 Gebraucht werden aber aufsuchende Hilfesysteme, Menschen, die zu ihren Klienten hingehen
251 und nicht warten, bis das Kind buchstäblich schon in den Brunnen gefallen ist.

252

253 Gebraucht werden Hilfen, die sich an einem gemeinsamen Ziel orientieren:

254 **Bündnis 90/Die Grünen haben das Ziel, alle Kinder einzubeziehen. Kinder haben eigene Rechte!**

255

256

257 **Frühe Hilfen brauchen Vertrauen**

258

259 Die Staatsregierung hat eine billige Ausrede gefunden, um sich nicht weiter finanziell festlegen
260 zu müssen: den Datenschutz. Milbradt behauptet, Datenschutz abbauen zu müssen, um Kinder
261 besser schützen zu können.

262 Datenschutz ist gerade eine Grundvoraussetzung, um eine Vertrauensbeziehung zu Eltern
263 aufbauen zu können. Vertrauen ist die Basis für die Annahme früher Hilfen und verhindert nicht,
264 dass Verantwortung übernommen werden kann..

265

266 Der Abbau von Datenschutz führt zum Bruch von Vertrauensbeziehungen. Das ist die normale
267 Alltagserfahrung der Betroffenen, löst Angst und Isolation aus – und schafft damit weitere
268 Risikofaktoren! Datenschutz bedeutet nicht, dass man keine Daten weiter geben darf – sondern
269 allein, dass man nicht hinter dem Rücken der Betroffenen intrigiert. Wenn Eltern zu einer
270 Zusammenarbeit nicht bereit und in der Lage sind, dann muss ihnen auch gesagt werden, was
271 das für ihre Kinder bedeutet. Und welche Konsequenzen man daher für unumgänglich hält.
272 Nicht nur die betroffenen Kinder und Eltern müssen Vertrauen schöpfen können. Auch die
273 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Helfersysteme brauchen Vertrauen – in sich und ihre
274 Arbeit und in die Unterstützung durch Gesellschaft und Politik. Wem selbst permanent mit
275 Misstrauen und Abwertung begegnet wird, der leidet bald an einem burn-out-Syndrom. Hier
276 sind Land und Kommunen in der Pflicht, Partner als solche zu behandeln.

277

278 **Die Trennung von Gesundheitssystem, psychosozialer Schwangerenberatung und Jugendhilfe ist**
279 **kein Problem des Datenschutzes. Vielmehr geht es um professionelle Kooperationen, die den**
280 **Betroffenen ein „Geländer“ anbieten können.**

281